

## A3 Bezahlkarte für Geflüchtete verhindern!

Gremium: GRÜNE JUGEND Sachsen-Anhalt  
Beschlussdatum: 11.04.2024  
Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

### Antragstext

- 1 Spätestens seit der Ministerpräsident\*innenkonferenz im Oktober 2023 wird in  
2 ganz Deutschland über die Einführung einer Bezahlkarte für Geflüchtete  
3 diskutiert. In Bayern und Hamburg wurde ein solches Gesetz auch bereits  
4 beschlossen. Das Ziel dieser Karte ist es, Bargeldauszahlungen zu beschränken  
5 und damit den Geldtransfer in die Herkunftsstaaten der Geflüchteten zu  
6 kontrollieren. Doch in der Praxis führt diese Bezahlkarte vor allem zu  
7 Ausgrenzung und Schikane.
- 8 Die Einführung der Bezahlkarte schließt Asylsuchende vom sozialen Leben aus und  
9 erschwert ihre gesellschaftliche Integration und Teilhabe. Neben  
10 offensichtlichen Problemen wie der Stigmatisierung durch die Erkennbarkeit der  
11 Karte und den sozialen Einschränkungen, die damit einhergehen, betrifft dies  
12 auch andere Familienmitglieder.
- 13 Die gesellschaftliche Teilhabe soll dadurch gewährleistet sein, dass man einen  
14 geringfügigen Geldbetrag für die Orte bekommt, an denen man nicht mit Karte  
15 zahlen kann. Dennoch ist es höchst fragwürdig, in wie weit diese Geldbeträge  
16 ausreichen. Im Beispiel von Hamburg erhalten erwachsene Geflüchtete 50€ und  
17 Kinder 10€ im Monat. Dadurch ist soziale Teilhabe faktisch nicht möglich.  
18 Darüber hinaus ermöglicht die Bezahlkarte den Behörden, die Einkäufe der  
19 Nutzer\*innen zu kontrollieren und vorzuschreiben, welche Produkte an welchem Ort  
20 erworben werden dürfen, was die Würde der Asylsuchenden stark verletzt.
- 21 Eine Bezahlkarte verlagert zudem nur die aktuelle Problemlage auf die Kommunen,  
22 die bereits jetzt mit einer Vielzahl von Herausforderungen im Umgang mit  
23 Geflüchteten konfrontiert sind. Die Kosten zur Einführung und Verwaltung der  
24 Karte würden zu einer zusätzlichen Überbelastung führen. Zusätzlich sollen  
25 Kommunen ermitteln, welche Bargeldbeträge für soziale Teilhabe vor Ort nötig  
26 wären. Das stellt einen immensen bürokratischen Aufwand dar, der in keiner  
27 Relation zum scheinbaren Nutzen der Bezahlkarte steht.
- 28 Darüber hinaus wird gehofft, dass die Bezahlkarte Deutschland für Asylsuchende  
29 unattraktiver macht. Allerdings fliehen Asylsuchende nicht wegen der  
30 vermeintlich attraktiven Bedingungen in Deutschland, sondern vor Hunger, Krieg  
31 und Verfolgung in ihren Herkunftsländern. Die Idee, solche Karten als  
32 Erfolgssystem zu betrachten und auf andere Gruppen auszuweiten, ist nicht nur  
33 demütigend, sondern auch zu tiefst menschenverachtend.
- 34 Angesichts dieser Probleme fordern wir alle Bündnisgrünen  
35 Kommunalpolitiker\*innen in Sachsen-Anhalt sowie die Bündnisgrüne  
36 Landtagsfraktion auf, sich gegen die Einführung einer Bezahlkarte für  
37 Geflüchtete auszusprechen und ein solches Gesetzesvorhaben abzulehnen. Darüber  
38 hinaus sollte der Landesverband und Landesvorstand sich in der Presse klar gegen  
39 eine solche Einführung positionieren.

## Begründung

erfolgt mündlich